

24.07.2023

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 2011 vom 23. Juni 2023
der Abgeordneten Henning Höne, Christof Rasche, Dirk Wedel und Franziska Müller-Rech
FDP
Drucksache 18/4793

Wie ernst nimmt Herr Minister Krischer seine Gesprächspartner – hat der Minister die Kommunen brüskiert?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Im Zuge der Einführung des bundesweiten Deutschland-Tickets werden Forderungen nach Rabatten für verschiedene Bevölkerungsgruppen erhoben. Diskussionen darüber sind noch nicht beendet. Nach Meldung der Nachrichtenagentur dpa vom 3. Juni 2023 hat Umwelt- und Verkehrsminister Oliver Krischer bei der Landesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90/Die Grünen in Münster am selben Tag die Einführung eines 29-Euro-Tickets für Schülerinnen und Schüler angekündigt und gleichzeitig mitgeteilt, die Bedenken der kommunalen Spitzenverbände seien ausgeräumt.

Zuvor hatte der Städte- und Gemeindebund NRW Minister Krischer im Rahmen einer Videoschaltung am 26. Mai 2023 seine Kritikpunkte am geplanten Schülerticket benannt. In einem Schnellbrief an seine Mitglieder vom 1. Juni 2023 fasste der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes NRW die zahlreichen Bedenken zusammen. Nun widerspricht der Städte- und Gemeindebund NRW auch öffentlich den Äußerungen des Ministers auf der Delegiertenkonferenz. In einem Interview der Rheinischen Post (Veröffentlichung am 7. Juni 2023) sagte der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebunds NRW, Christof Sommer, insbesondere zur Finanzierung des Schülertickets gäbe es seitens des Verbandes viele ungeklärte Fragen. Sie hätten gerne mehr Zeit gehabt, um die Auswirkungen des geplanten Deutschlandtickets zu prüfen. Wie es nach dem Schuljahr 2023/2024 weitergehe, sei weiterhin unklar. Die Zusagen des Ministers beschränken sich lediglich auf das kommende Schuljahr. Demzufolge sind die Bedenken der kommunalen Spitzenverbände bis heute nicht ausgeräumt.

Der Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr hat die Kleine Anfrage 2011 mit Schreiben vom 24. Juli 2023 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Minister der Finanzen, der Ministerin für Schule und Bildung und der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung beantwortet.

Datum des Originals: 24.07.2023/Ausgegeben: 28.07.2023

1. **Was veranlasste Minister Krischer, auf der Delegiertenkonferenz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu behaupten, die Bedenken der kommunalen Spitzenverbände seien ausgeräumt?**
5. **Weshalb hat Minister Krischer zuerst die Delegiertenkonferenz über die angebliche Einigung mit den kommunalen Spitzenverbänden informiert und nicht das Landesparlament?**

Die Fragen 1 und 5 werden wegen des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Im Rahmen der Einführung des Deutschland-Tickets war u.a. auch die Frage zu klären, wie auch Schülerinnen und Schüler hiervon profitieren und bei Nutzung des ÖPNV für Schule und Freizeit als Anspruchsberechtigte nach der Schülerfahrkostenverordnung durch den Schulträger ein Deutschlandticket erhalten oder dies als Selbstzahlende zu einem vergünstigten Preis erwerben können. Hierzu haben Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Verkehr zahlreiche Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden, den Verkehrsverbänden und anderen Beteiligten geführt, über die der Landtag u.a. bereits mit der Vorlage 18/1242 vom 12. Mai 2023 informiert wurde. Nach Abschluss dieser Gespräche haben das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung, das Ministerium für Schule und Bildung und das Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr am Freitag, den 02. Juni 2023 einen entsprechenden Gemeinsamen Runderlass herausgegeben, über den der Minister für Umwelt, Naturschutz und Verkehr den Landtag unmittelbar am darauffolgenden Montag, den 05. Juni 2023 informiert hat (s. Vorlage 18/1336).

2. **Inwieweit wurden die Bedenken, die der Städte- und Gemeindebund NRW Minister Krischer mitgeteilt hatte, bei der Planung des Schülertickets berücksichtigt?**

Die kommunalen Spitzenverbände in Nordrhein-Westfalen haben den Erlassentwurf vorab zur Stellungnahme erhalten. Die Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Nordrhein-Westfalen hat hierzu eine gemeinsame Stellungnahme abgegeben. Die Bedenken und Anregungen der kommunalen Spitzenverbände sind für den Erlass zur Umsetzung des Schülertickets weitgehend übernommen worden.

3. **Wie soll die Finanzierung des Schülertickets nach dem Schuljahr 2023/2024 aussehen?**

Die Finanzierung des Deutschlandtickets für Schülerinnen und Schüler ist in Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden zunächst nur für das kommende Schuljahr geregelt. Dies war auch eine Bedingung für die grundsätzliche Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände zur Erarbeitung des Modells.

4. **An welchen konkreten Tagen hat sich die Hausspitze des Verkehrsministeriums bzw. dessen Abteilungsleiter mit den kommunalen Spitzenverbänden über die Rabatte zum Deutschland-Ticket beraten? (Bitte die konkreten Gesprächstermine sowie die Gesprächsebene (Minister, Staatssekretär, Abteilungsleiter) angeben).**

Die Hausspitze des MUNV bespricht sich fortlaufend mit den kommunalen Spitzenverbänden, u.a. auch über Fragen im Zusammenhang mit dem Deutschlandticket.

Im Übrigen gilt, dass die Landesregierung über öffentliche Termine und Gespräche mit der Terminvorschau der Landesregierung oder über entsprechende Einladungen informiert, dass sie zu möglichen Gesprächen, die Mitglieder der Landesregierung nicht öffentlich führen, jedoch grundsätzlich keine Auskunft gibt. Das gilt auch für konkrete Angaben zu Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden zum Deutschlandticket.